

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim 3. April 2022, 31. Jahrg.

Bundesprogramm reicht nicht aus

Anfrage der LINKEN/Bauern im Barnimer Kreistag

Das Bundesprogramm „Aufholen durch Corona“ beschäftigt die Fraktion DIE LINKE/Bauern im Kreistag seitdem dieses angekündigt wurde (siehe z.B. OWO Online 30. Mai 2021, OW Januar/Februar 2022). Deshalb stellte die Fraktion im Kreistag am 14. März Fragen zur Schulsozialarbeit: Der Landkreis Barnim sollte drei zusätzliche Schulsozialarbeiter:innen bekommen. Diese wurden nach Kenntnisstand der Fraktion alle in Eberswalde eingesetzt. Deshalb wollte die Fraktion von der Kreisverwaltung wissen: Wie und durch wen erfolgte die Auswahl der Schulen und welchen Bedarf sieht der Landkreis zum weiteren Einsatz von Schulsozialarbeiter:innen an den Schulen in

Trägerschaft des Landkreises? Die Antwort: Das Staatliche Schulamt benannte die Einsatzorte für die Schulsozialarbeiter:innen. Die Auswahl erfolgte aus sechs Schulen in kreislicher Trägerschaft mit einem Mehrbedarf an Schulsozialarbeit.

Man muss es an dieser Stelle so klar schreiben: Das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“, das unter anderem Schulsozialarbeit an Schulen finanzieren soll, reicht nicht aus. Welche Kinder also wirklich die Pandemiefolgen „aufholen“ können, legt das staatliche Schulamt per Prioritätenliste fest. Den weiteren Bedarf kann der Landkreis ohne Bedarfsanalyse nicht benennen.

Matthias Holz



Nicht genug Geld für Kinder- und Jugendliche.

Bundesprogramm "Aufholen nach Corona" reicht nicht aus

Bildmontage: M. Holz

Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe und Energie senken

DIE LINKE im Bundestag: Entlastung bei Bus, Bahn und Auto nötig

„Endlich scheint auch die Bundesregierung zu verstehen: Bus und Bahn muss günstiger werden! Das geplante 9 Euro-Monatsticket sorgt aber für neues Chaos bei der Umsetzung. Einfacher ist es, den öffentlichen Nahverkehr direkt kostenlos zu machen. Das wäre nach Jahren des politischen Versäumnisses mal ein großer Schritt beim Thema Verkehrswende. Das Modell soll aber nicht nach drei Monaten beendet werden. Der ÖPNV muss generell kostenlos sein, nicht nur auf bestimmte Zeit.“ Dies erklärte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, Amira Mohamed Ali am 31. März. Sie macht darüber hinaus deutlich: „Für viele Menschen auf dem Land ist das aber noch keine Lösung. Denn wo kein Bus und keine Bahn vorbeikommt, hilft

auch eine Vergünstigung nicht. Deshalb müssen auch die Spritpreise sinken, damit der Arbeitsweg für Pendler:innen, die auf ihr Auto angewiesen sind, nicht zum Lohnfresser wird. Eine temporäre Mehrwertsteuersenkung auf Energie und Kraftstoffe sowie eine Aussetzung der Energiesteuer würde die Menschen spürbar entlasten.“



Bildmontage: DIE LINKE im Bundestag

Kita-Rechtsreform retten!

Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) hat am 31. März nach einem Einspruch des Landkreistages die Kita-Rechtsreform ausgesetzt. Kathrin Dannenberg, Bildungsexpertin der LINKEN im Landtag, hält diese Entwicklung für fatal: „Die Absage des Landkreistages ist eine Absage an die Kinder, die Eltern, die Kommunen, die Kitaträger – und an alle, die sich über Monate engagierten, trotz Corona und Überlastung.“

Jetzt Stillstand zu fordern, sei keine Lösung, denn die Reform sei unabdingbar, so Dannenberg: „Wir kennen den Unmut der Eltern über zu hohe Kitabeiträge, die permanenten und Kräfte zehrenden Konflikte zwischen Trägern, Eltern und Kommunen um die Finanzierung der Leistungen. Ohne Kita-Rechtsreform wird es weiterhin Gerichtsverfahren und Unmut geben, kein Problem wird gelöst.“

Richtig sei, dass Kreise und Kommunen wegen der Pandemie enorm unter Druck standen und

viele Mitarbeiter:innen, die ohnehin am Ende ihrer Kraft sind, nun zusätzlich die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge organisieren müssten. Doch auch Kinder und Eltern haben in der Pandemie viel aushalten müssen, die Mitarbeiter:innen in den Kitas Großes geleistet. „Ihnen nun mitzuteilen, dass vorerst nicht für Transparenz, Klarheit und Gerechtigkeit in der Kindertagesbetreuung gesorgt werden könne, finde ich verantwortungslos“, so Dannenberg. „Zudem drohen die guten Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess verloren zu gehen, wenn er jetzt gestoppt wird.“

Dannenberg fordert alle Beteiligten auf, das Gespräch auf Augenhöhe zu suchen – Ministerium, Landkreistag, Städte- und Gemeindebund. „Wir müssen wenigstens versuchen, diese so wichtige Reform noch in dieser Legislatur umzusetzen. Die Koalition muss ihre Versprechen halten!“ //



nächste OW am 6. April 2022